

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



FRAKTION B' 90/DIE GRÜNEN, RATHAUSPLATZ 2, 90403 NÜRNBERG

SOZA

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Stadtratsfraktion Nürnberg**

An den Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg
Dr. Ulrich Maly
Rathaus

29. SEP. 2014		Rathausplatz 2 Nr. 90403 Nürnberg
1 Zur Kts.	2 Zur z.w.V.	3 Zur Stellungnahme 4 Antwort vor sendung vorliegt 5 Antwort zur Unter- schrift vorliegt

90403 Nürnberg

tel: (0911) 231-5091
Fax: (0911) 231-2930
gruene@stadt.nuernberg.de
Bus: Linie 36, 46, 47 (Rathaus)
U-Bahn: Linie 1 (Lorenzkirche)

Fax vorab

Mu

wbg

Kopie: ByAll

Nürnberg, 26.09.2014

Unterbringung von Flüchtlingen: Langfristige Änderungen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

ein Asylgipfel folgt dem nächsten und dabei wird und wurde immer wieder deutlich, dass der Freistaat Bayern und dementsprechend auch die Städte, mit der Unterbringung von Flüchtlingen stellenweise vollkommen überfordert sind. Den Höhepunkt dieser Situation stellen die momentan – mal mehr mal weniger – frequentierten Zelte auf der Deutschherrnwiese und an der Frankenstraße und die völlig überfüllte Erstaufnahme Einrichtung in Zirndorf dar. In den Zelten werden Flüchtlinge für die Zeit ihrer Ersterfassung untergebracht, weil die übrigen Einrichtungen hoffnungslos überfüllt sind. Auch im Anschluss daran werden die AsylbewerberInnen in Bayern in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht (Einzelpersonen dürfen erst vier Jahre nach Abschluss des Erstverfahrens ausziehen, Familien nach Abschluss des Erstverfahrens). Dabei ist die strikte Lagerpflicht für Flüchtlinge eine bayerische Spezialität, nur wenige Bundesländer können bei dieser rigiden Ausgrenzung von Flüchtlingen mithalten. Mit 118 zentralen Gemeinschaftsunterkünften ist der Freistaat Bayern trauriger Spitzenreiter in Deutschland. Sogar der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Christoph Strässer, hat erst kürzlich diese Unterbringungsform in Bayern in einem Interview mit dem Bayerischen Rundfunk deutlich kritisiert. Diese Unterbringungsform belastet sowohl die Flüchtlinge als auch die Kommunen. Strässer fordert die dezentrale Unterbringung, die gleichzeitig eine große Integrationsleistung vornehmen kann.

Das „Leverkusener Modell“ ist ein erfolgreiches Modell der dezentralen Unterbringung von Flüchtlingen. Rund 200 Flüchtlinge leben in Leverkusen in ihren eigenen Wohnungen übers Stadtgebiet verteilt. Vor allem für Familien mit Kindern ist es besonders wichtig, die eigenen vier Wände zu bewohnen. Ein weiterer Vorteil dieses Modells ist es, dass das Konzept kostengünstiger ist, als die großen Gemeinschaftsunterkünfte. Im Rahmen des Modells wurde aber auch deutlich, dass die dezentrale Unterbringung einerseits einer Ghettoisierung vorbeugt und andererseits kaum Probleme mit AnwohnerInnen vorzufinden sind. Die Flüchtlinge können weitgehend ein selbstbestimmtes Leben mit einer Privatsphäre führen. Alles in allem also durchweg positive Erfahrungen, denen sich immer mehr Städte in Deutschland anschließen wollen.

Nun ist einerseits klar, dass für eine etwaige dezentrale Unterbringung die restriktiven Bayerischen Regelungen (Aufnahmegesetz – AufnG) geändert werden müssen. Als ein mögliches Umdenken hin zu einer weit weniger restriktiven Handhabung könnte die Lockerung der Residenzpflicht interpretiert werden. Andererseits ist der Druck auf den Wohnungsmarkt in Nürnberg besonders groß. Es ist kaum günstiger Wohnraum vorhanden. Beiden Aspekten muss seitens der Stadt entgegengewirkt werden, kurzfristige Lösungen sind nur schwer umzusetzen. Dennoch sollten schon jetzt die Weichen für die Zukunft gestellt werden und langfristige Verbesserungen erarbeitet werden.

Als langfristiges Ziel erachten wir es als sinnvoll, Flüchtlinge in den Wohnungsmarkt zu integrieren und Abstand von großen Gemeinschaftsunterkünften zu nehmen. Solange dies sowohl gesetzlich als auch rein praktisch nicht möglich ist, müssen die Unterbringungsformen in den Gemeinschaftsunterkünften dringend verbessert werden. Von daher schlagen wir vor, zunächst für eine Verbesserung der momentanen Gemeinschaftsunterbringung zu sorgen und sich parallel dazu für eine verstärkte dezentrale Unterbringung einzusetzen. Nach einer angemessenen Zeit soll es den Flüchtlingen möglich sein in eigene Wohnungen zu ziehen.

Vor diesem Hintergrund stellen wir folgenden **Antrag**:

1. Die Stadt entwickelt zusammen mit der städtischen Wohnungsbaugesellschaft (WBG) ein Konzept, um Flüchtlinge und AsylbewerberInnen im Stadtgebiet und in möglichst kleinen Gemeinschaftsunterkünften unterbringen zu können.

Dabei sollen folgende Aspekte berücksichtigt werden:

- Die Gemeinschaftsunterkünfte sollen möglichst klein gehalten sein. Obergrenze sollten maximal 90 AsylbewerberInnen pro Unterkunft sein.
- Die Unterkünfte sollen so gestaltet sein, dass eine den Menschen gerechte Wohnsituation gewährleistet ist.
- Die Unterkünfte sollen unter Berücksichtigung der Ziele des Stadtentwicklungskonzepts gleichmäßig im Stadtgebiet verteilt sein.
- Die Anforderungen der Regierung von Mittelfranken, aber auch die Ideen und Vorstellungen von FlüchtlingsberaterInnen und dafür zuständigen Institutionen sollen hierbei einfließen, so dass sozialverträgliche Situationen für alle Beteiligten und Betroffenen geschaffen werden können.

2. Die Stadt Nürnberg setzt sich in den entsprechenden Gremien dafür ein, dass Flüchtlinge Zugang zu geförderten Wohnungen erhalten und die Verwaltungsverfahren des Freistaates geändert werden.

3. Die Stadt setzt sich dafür ein, dass nach einem angemessenen Aufenthalt in einer sozialpädagogisch betreuten Gemeinschaftsunterkunft, den Flüchtlingen der Aufenthalt in einer eigenen Wohnung ermöglicht wird.



4. Zudem wird über die Erfahrungen aus dem Projekt „Move in“ berichtet, insbesondere über die Bereitschaft der wbg und anderer Nürnberger Wohnungsunternehmen daran mitzuwirken.

5. Die Stadt Nürnberg setzt sich beim Freistaat Bayern und der Regierung von Mittelfranken dafür ein, dass das Leverkusener Modell, also die dezentrale Unterbringung der AsylbewerberInnen, möglich gemacht wird und die entsprechenden Gesetze geändert werden.

Mit freundlichen Grüßen

Andrea Bielmeier
Stadträtin

Elke Leo
stellvertretende Fraktionsvorsitzende